

Antrag 272/I/2024**FA X - Natur, Energie, Umweltschutz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Soziale Wärmewende jetzt!****1 Präambel:**

2 Ohne soziale Wärmewende keine Energiewende. Denn ei-
3 nerseits ist private Wärmeversorgung ein zentrales Hand-
4 lungsfeld für den Klimaschutz, andererseits ist sie poli-
5 tisch herausfordernd, weil alle Menschen betroffen sind.
6 Auf Bundesebene wurde das zielführende Gebäudeener-
7 giegesetz (GEG) von der Regierung sehr schlecht kommu-
8 niziert. Vorher war die Wärmewende jahrzehntelang ver-
9 schleppt worden. Beides darf sich in Berlin nicht wieder-
10 holen. Berlin will und muss deshalb seine Wärmeversor-
11 gung jetzt noch nachhaltiger und krisensicher machen.
12 Dies muss schnell passieren, damit das Klima geschützt,
13 die gesetzlichen Vorgaben eingehalten und die Erwartun-
14 gen der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden. Gleichzei-
15 tig muss die Wärmeversorgung insbesondere der Haus-
16 halte bezahlbar bleiben.

17

18 Die kommunale Wärmeplanung (KWP) ist eine zentrale
19 Säule der Wärmewende: erprobt, solide, bedarfsgerecht,
20 partizipativ. Seit 01.01.2024 ist sie im Wärmeplanungsgesetz
21 auch verbindlich vorgeschrieben und muss in Ber-
22 lin bis Juni 2026 umgesetzt werden. Erfahrungen anderer
23 Kommunen und Bundesländer zeigen: Die Anforderungen
24 der KWP ermöglichen eine differenzierte, bedarfsgerechte
25 und verbindliche Planung.

26

27 Die Wärmeplanung beruht auf einem für die jeweilige
28 Stadt und ihrer Potenziale optimalen Mix an Technologien
29 für Wärmeerzeugung und -versorgung. Sie sucht nicht
30 nach EINER Lösung für die Wärmeversorgung von allen
31 Quartieren, sondern nach einer optimalen Kombination
32 von verschiedenen Techniken und Betreiberansätzen. We-
33 der die klassische Fernwärme, noch Wärmepumpen, noch
34 Niedertemperatur-Nahwärme kann Berlins Heizbedarf al-
35 lein erbringen. Dafür steht in der Perspektive nicht ausrei-
36 chend bezahlbare erneuerbare Wärme sowie grüner Was-
37 serstoff zur Verfügung. Auch für eine individuelle Ver-
38 sorgung aller Gebäude mit dezentralen Wärmepumpen
39 gäbe es Herausforderungen bei der Versorgung mit grünem
40 Strom. Auch muss berücksichtigt werden, wie unterschiedlich
41 die Berliner Stadtgebiete bzgl. Gebäudebestand und Wohndichte
42 sind. Manche eignen sich besser für zentrale, andere für dezentrale
43 Wärmeversorgungs-lösungen.

44

45
46 In Bezug auf Wasserstoff sind die Nutzungskonkurrenzen
47 für dieses knappe und sehr teure Gut bereits heute massiv.
48 Industrie, Schwerlastverkehr, aber auch andere Sektoren

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: Landesgruppe (Konsens)**

49 und Akteure setzen auf diesen Energieträger, für den bis-
50 her bei weitem keine ausreichenden Kapazitäten für Er-
51 zeugung, Versorgung und Handel geschaffen sind. Grüner
52 Wasserstoff im Wärmebereich ist deshalb eine Technolo-
53 gie für die sogenannte „letzte Meile“ der Dekarbonisie-
54 rung, und kein Ersatz für heute noch relativ günstig ver-
55 fügbares, fossiles Erdgas.

56
57 Berlin braucht eigene Gestaltungskraft für eine erfolgrei-
58 che Wärmewende. Wir begrüßen deshalb die (Re)kommun-
59 nalisierung des Fernwärmenetzes durch das Land Berlin.
60 Berlin muss auch aus den Fehlern anderer kommunaler
61 Versorger lernen und besonders auf effiziente Strukturen,
62 fachliche Kompetenz und eine Priorisierung der erneuer-
63 baren Versorgung achten.

64
65 Mit der Ausschreibung eines Wärmekatasters hat Berlin
66 den ersten Schritt in Richtung Wärmeplanung getan. Es
67 muss aber sehr schnell noch mehr in Angriff genommen
68 werden. Deshalb sind aktuell dringend nötige Entschei-
69 dungen zu treffen.

70
71 **Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Senatsmit-**
72 **glieder auf, dafür einzusetzen:**

73
74 **1. Berlin muss die Wärmewende pro-aktiv gestalten.**

- 75 • Die Fernwärmeerzeugung und -versorgung muss zu
76 100% vom Land übernommen werden und in des-
77 sen Hand verbleiben. Zusätzliche privatwirtschaftli-
78 che Beteiligungen sind zu vermeiden, denn diese
79 sind zwangsweise an Bedingungen geknüpft, die ei-
80 ner sozialen Preisgestaltung im Wege stehen könn-
81 ten, wie uns das Beispiel Teilprivatisierung der Ber-
82 liner Wasserbetriebe vor Augen geführt hat. Die be-
83 stehende Regulierungsbehörde in Berlin sowie wei-
84 tere zuständige Behörden müssen gestärkt und be-
85 fähigt werden, eine soziale Preisgestaltung zu ge-
86 währleisten. Der gesetzliche Rahmen für die Regu-
87 lierung ist weiter auszubauen.
- 88 • Wir fordern den Ausbau der Berliner Stadtwerke zu
89 einem Energiedienstleister im Sinne eines integrier-
90 ten Stadtwerks, wie es im Wahlprogramm 2021 dar-
91 gestellt ist.
- 92 • Die Senatsverwaltung muss bis Juni 2025 ein Kon-
93 zept für die KWP entwickeln, und mit zentra-
94 len und dezentralen Akteuren (Bezirken, Versor-
95 gern, Verbrauchervertreterinnen, Umweltverbän-
96 den, Energieagenturen, anerkannten Beratungsfir-
97 men, SchornsteinfegerInnen) gemeinsam schärfen.
98 Dadurch kann die darauf aufbauende Wärmepla-
99 nung in 2026 partizipativ gestaltet und gesetz-
100 konform vorgelegt
- 101 • Alle drei großen Berliner Fernwärmenetze sollen

102 offen sein – gesetzlich muss das Recht auf Dritt-
103 einspeisung garantiert und entsprechend vergütet
104 werden. Damit dies ohne Nachteile bei Ausbau er-
105 neuerbarer Energien oder gerechter Preisgestaltung
106 möglich ist, muss die bestehende Regulierungsbe-
107 hörde ausgebaut werden.

108 • Die Wärmeeinspeisung durch Drittanbieter in das
109 kommunale Fernwärmenetz sollte administrativ er-
110 leichtert und so vergütet werden, dass ein wirt-
111 schaftlicher Betrieb möglich ist. Entsprechend sollte
112 der Anteil von Drittanbietern jährlich steigen. Hier
113 ist die Mitarbeit aller Bezirke nötig.

114

115 **2. Die Fernwärmeversorgung muss ökologischer, günsti-**
116 **ger und bedarfsgerechter werden.**

117 • Die Fernwärme muss durch dezentrale Lösungen er-
118 gänzt werden, wo diese wirtschaftlich und tech-
119 nisch sinnvoller sind, oder erneuerbare Energien
120 nicht hinreichend verfügbar sind. Daher muss die
121 KWP nach Bezirken aufgeschlüsselt werden, um die
122 lokalen Potentiale und Szenarien aufzuzeigen. Die-
123 se Potenziale sollten die Bereiche Einzelgebäudever-
124 sorgung und leitungsgebundene Wärmeversor-
125 gung ebenso umfassen wie Gebäude- und Inselnet-
126 ze im Quartier.

127 • Im Berliner Wärmeplan muss u.a. ein Investitions-
128 plan mit Zeitplanung für die Modernisierung / Ab-
129 senkung der Vorlauftemperatur des Fernwärmenet-
130 zes bis 2026 vorgelegt werden. Dies ist entschei-
131 dend, damit Gebäudeeigentümerinnen die nötigen
132 gebäudeseitigen Maßnahmen abschätzen können
133 und somit die Fernwärme ihren Nutzen für die Kli-
134 maneutralität Berlins entfalten kann. Nur so können
135 große Potentiale an erneuerbarer Wärme erschlos-
136 sen und eingebunden werden. Es bedarf zudem ei-
137 ner Koordinierung, welche Liegenschaften an Vor-
138 oder Rücklauf angeschlossen werden, um die Ge-
139 samteffizienz zu erhöhen. Dieser Fahrplan und In-
140 vestitionsplan muss ebenfalls die Erschließung der
141 großen Umweltwärmequellen beinhalten und auch
142 thermische Speicher mitberücksichtigen.

143 • Keine Versorgungslösung kann Effizienz erset-
144 zen. Deshalb sind die im GEG vorgesehenen
145 Energieeffizienz-Anforderungen für Neubauten
146 unbedingt umzusetzen, damit die Fernwärme
147 ihre Stärken für die Energiewende ausspielen kann.
148 Auch der Gebäudebestand muss deutlich effizienter
149 werden. Berlin muss hier Vorreiter werden.

150 • Der Preis der Fernwärme-Versorgung sollte sich in
151 Berlin an dem bundesdeutschen Heizspiegel orien-
152 tieren. Der Heizspiegel für Deutschland bietet bun-
153 desweite Vergleichswerte für Heizkosten und den
154 Heizenergieverbrauch. Wirtschaftliche und bezahl-

155 bare Preisgestaltung ist eine zentrale Säule der so-
156 zialen Wärmewende. Ein weitere ist der soziale Aus-
157 gleich. Mit der bestehenden berliner Regulierungs-
158 behörde besteht bereits ein Instrument für eine
159 faire Preisgestaltung. Die Behörde muss allerdings
160 weiter gestärkt und ausgebaut werden.

161 • Grundsätzlich müssen die Preise auch für Fernwär-
162 me transparent gestaltet Es muss unbedingt ver-
163 mieden werden, dass alte, nicht mehr reparierba-
164 re Heizungen, die noch mit fossilen Energien (Öl
165 und Gas) betreiben werden, durch neue, aber im-
166 mer noch mit fossilen Kraftstoffen betriebenen Hei-
167 zungsanlagen ersetzt werden. Deshalb wird der Ber-
168 lin Senat bedarfsgerechte Angebote an die Verbrau-
169 cherinnen machen (zu prüfen wäre z. B. eine ana-
170 log zum Pop-Up-Heizungsprogramm in Hannover
171 gestaltete Initiative). Die Berliner Stadtwerke ent-
172 wickeln hierzu zeitnah bis spätestens Juni 2025 ein
173 Umsetzungsprogramm, das sich aus Bundesmitteln
174 für die Wärmewende finanzieren wird.

175 • Die bestehende Bundesförderung für den Hei-
176 zungstausch kommt Einfamilienhausbesitzerinnen
177 zu Gute. Für eine Mieterstadt wie Berlin ist dies zu
178 wenig. Berlin muss auf Bundesebene fordern, dass
179 der Geschwindigkeitsbonus auch für Vermietende
180 von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gilt, da-
181 mit diese ihren Wohnraum auch möglichst schnell
182 mit erneuerbarer Wärme versorgen.

183 • Die Berliner Senatsverwaltung sollte prüfen, inwie-
184 fern erneuerbare Wärmequellen aus dem Berliner
185 Umland auch für die Fernwärme Berlin nutzbar wä-
186 ren (z. B. Tiefengeothermie außerhalb von Berlin):
187

188 **Begründung:**

189 • *Durch die Kommunalisierung des Fernwärme-Netzes
190 kann Berlin die Wärmewende maßgeblich mit Au-
191 ßerdem wird so verhindert, dass privatwirtschaftliche
192 Akteure natürliche Monopole auf Kosten der Bürge-
193 rinnen und Bürger ausnutzen.*

194 • *Die Fehler der Bundesregierung beim GEG dürfen
195 nicht wiederholt werden. Die KWP muss „von unten“
196 ansetzen. Gemeinsam mit den Verbänden, Versor-
197 gern und Bürgerinnen müssen KWP-Konzepte erstellt
198 werden. Unabhängig von der Technologie braucht es
199 einen strategischen Mix aus Erzeugungs- und Verteil-
200 technologies.*

201 • *Eine KWP ist nur so gut wie die Daten, auf denen sie
202 fußt. Es braucht belastbare Daten auf Bezirksniveau
203 zu Verbräuchen und Modellrechnungen. Nur wenn
204 die Potenziale erneuerbarer Energien erkannt und ge-
205 hoben werden, kann die Fernwärme in Berlin zu einer
206 wirklichen Säule der Wärmewende werden.*
207

208 **3. Moderne Technologien für die Berliner Energiewende**
209 **müssen nutzbar und bezahlbar werden .**

- 210 • Die Wärmeversorgung in Berlin muss ‚dekarboni-
- 211 siert‘ werden. Die Potenziale der Geo-, Fluss- und
- 212 Seethermie sowie Abwasserwärme müssen schnel-
- 213 ler und besser geprüft und erschlossen werden.
- 214 Mögliche Varianten sind dahingehend zu prüfen,
- 215 welche Kosten sie für die Wärmenutzer, insbesonde-
- 216 re für die Mietenden nach sich ziehen. Es braucht ne-
- 217 ben Modellen und Szenarien in jedem Ortsteil min-
- 218 destens ein Leuchtturmprojekt, das den Bürger*in-
- 219 nen und Marktakteuren anschaulich vermittelt, wo-
- 220 hin die Reise geht. Dazu bieten sich Mehrfamilien-
- 221 häuser im Besitz einer landeseigenen Wohnungs-
- 222 baugesellschaften
- 223 • Die Abfallvermeidung muss im Kontext der Wärme-
- 224 wende neu und ambitionierter gedacht werden, da-
- 225 mit die Abfallmengen zügig sinken und die Umwelt-
- 226 belastungen verringert werden.
- 227 • Wir wollen die nicht mehr reduzierbaren Müllmen-
- 228 gen effizient für die Wärmeerzeugung nutzen, in-
- 229 dem z.B. bei der MVA Ruhleben Abwärme aus den
- 230 Schornsteinen für die Wärmeerzeugung nutzbar ge-
- 231 macht wird.
- 232 • Die Absenkung des Energieverbrauchs ist zentral,
- 233 denn ohne Energieeffizienz keine Energiewende.
- 234 Deshalb müssen Bundes- und Landesmittel für die
- 235 Endverbraucherinnen noch effektiver genutzt und
- 236 ausgebaut werden; das Berliner Wärmekataster
- 237 muss in 2024 finalisiert werden, die Sanierung in be-
- 238 sonders ineffizienten Gebäuden ist zu priorisieren.
- 239 • Der Bau von Nah- und Fernwärmenetzen soll be-
- 240 beschleunigt umgesetzt werden und die Bürokratie
- 241 und Genehmigungsverfahren möglichst abgekürzt
- 242 und vereinheitlicht Die Kosten von Infrastruktur-
- 243 maßnahmen müssen durch Synergien gesenkt wer-
- 244 den. Ein wesentlicher Schritt hierzu ist, dass die
- 245 Berliner Verwaltung die Abstimmung zwischen ver-
- 246 schiedenen Infrastruktur-Unternehmen (z. B. bei
- 247 Straßenerneuerung, Kanalisation) so koordiniert,
- 248 dass ein Fernwärmeanschluss gleich geprüft und
- 249 ggf. umgesetzt werden kann.
- 250 • Die energetische Nutzung von Grundwasser für die
- 251 Fernwärmeversorgung ist, auch unter Berücksich-
- 252 tigung steigender Grundwassertemperaturen, zu
- 253 prüfen und mit den Berliner Wasserbetrieben abzu-
- 254 stimmen.
- 255 •

256 **Begründung**

- 257 • Das Berliner Hochtemperatur-Fernwärmenetz, wird
- 258 bisher mit KWK-Anlagen auf fossiler Basis von Koh-
- 259 le (18%) und Gas (76%) betrieben. Spätestens bis
- 260 2030 soll die Kohle und bis 2045 Erdgas komplett er-

261 setzt werden. Für den Ersatz der fossilen Energieträ-
262 ger stehen bereits für den heutigen Kundenbestand
263 nicht ausreichend regenerative Energien gesichert
264 zur Verfügung.

- 265 • Die sicher verfügbaren alternativen Energiequel-
266 len, wie Abwasserwärme, Flusswärme, Abfallwär-
267 me (nur teilregenerativ), oberflächennahe Geother-
268 mie etc. haben überwiegend ein niedriges Tempe-
269 raturniveau und können deshalb nur mit erhebli-
270 chem zusätzlichem Energie- und Technikaufwand
271 (z.B. Hochtemperatur-Wärmepumpen) in das be-
272 stehende Hochtemperatur-Fernwärmenetz einge-
273 bunden werden.
- 274 • Die thermische Abfallverwertung nicht recycelba-
275 ren Abfalls in modernen Berliner KWK-Anlagen ist
276 ebenfalls Teil der Wärmewende. Sie ist im Rahmen
277 der Abfallverwertung nötig und dem Abfallexport in
278 andere Länder vorzuziehen. Aber Müllverbrennung
279 ist keine Wunschtechnologie für die nachhaltige Zu-
280 kunft, sondern immer die zweitbeste Lösung. In je-
281 dem Fall sollte sie mit einer Abfallvermeidungsstra-
282 tegie Hand in Hand gehen.

283